

dieser so lebenswichtigen Frage statt eines klaren einen höchst zwiespältigen Standpunkt eingenommen. Sie erklärt zwar, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands habe den Vorrang vor den Verträgen von Bonn und Paris, sie weicht aber jedem Kampf aus. Damm schweigt sie auch zu dem Vorschlag des Außenministers der UdSSR, W. M. Molotow, und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, in ganz Deutschland eine Volksabstimmung zu der Frage durchzuführen: „Für die Verträge von Bonn und Paris oder für einen Friedensvertrag?“

Kein deutscher Arbeiter versteht, daß der Parteivorstand der SPD zur Frage des Friedensvertrages mit Deutschland schweigt. Der Parteivorstand der SPD hat sich bis heute noch nicht geäußert zum Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland, der von der Sowjetunion der Außenministerkonferenz vorgelegt wurde. Wer ernsthaft gegen die Bonner und Pariser Verträge ist, muß einen klaren Standpunkt zum Inhalt eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland haben.

Es ist unvereinbar mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher Grundlage, wenn Vertreter der USA fordern, daß die Bonner und Pariser Kriegsverträge auch nach der Wiedervereinigung ihre Gültigkeit behalten und die amerikanischen Militärstützpunkte bestehen bleiben sollen. Diese Stellungnahme zeigt, wie wichtig es ist, gerade im Interesse freier Wahlen Klarheit über den Inhalt des Friedensvertrages zu fordern. Die Stellungnahme zum Inhalt des Friedensvertrages ist eine der grundlegenden Fragen bei gesamtdeutschen demokratischen Wahlen.

Der Politik des Verzichts auf das Recht zur Teilnahme deutscher Vertreter in allen Stadien der Verhandlungen über die deutsche Frage entspricht die Politik der Halbheiten, die von der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Ablehnung der Verträge von Bonn und Paris betrieben wird. Sie liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch — und erst recht nicht — im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Diese Politik der Tolerierung der Verderber Deutschlands durch die Führung der SPD führt zum nationalen Selbstmord. Vor allen Deutschen steht in diesen Tagen deutlicher denn je das unvergessene Wort Ernst Thälmanns, das zu so grausamer Wahrheit wurde: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

Wir stimmen mit den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands darin überein, daß gesamtdeutsche freie Wahlen notwendig sind. Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokra-